

## **PRESSEMITTEILUNG der**

- Bundesfach- und Koordinierungsstelle Männergewaltschutz (Dresden)
- Flexible Jugendhilfe e.V. (Darmstadt)

### **Pressekontakte:**

Boris von Heesen  
Geschäftsführender Vorstand  
Flexible Jugendhilfe e.V.  
Wilhelminenstr. 17 a | 64285 Darmstadt  
06151 39466 13  
[b.vonheesen@flexiblejugendhilfe.de](mailto:b.vonheesen@flexiblejugendhilfe.de)  
[www.flexiblejugendhilfe.de](http://www.flexiblejugendhilfe.de)

Frank Scheinert  
Geschäftsführender Fachreferent  
Bundesfach- und Koordinierungsstelle  
Männergewaltschutz bei der  
Landesarbeitsgemeinschaft Jungen- und  
Männerarbeit Sachsen e.V.  
Erna-Berger-Str. 17 | 01097 Dresden  
0351 27 56 68 88  
[frank.scheinert@maennergewaltschutz.de](mailto:frank.scheinert@maennergewaltschutz.de)  
[www.maennergewaltschutz.de](http://www.maennergewaltschutz.de)

## **Organisationen fordern mehr Schutz für Männer, die in Hessen von Partnerschaftsgewalt betroffen sind**

Anlässlich der bevorstehenden Landtagswahl fordert der „Runde Tisch Männergewaltschutz in Hessen“, koordiniert von der Flexiblen Jugendhilfe e.V. in Darmstadt gemeinsam mit der vom BMFSFJ finanzierten Bundesfach- und Koordinierungsstelle Männergewaltschutz, die Schaffung einer besseren Infrastruktur für Männer, die im Beziehungskontext Gewalt erfahren haben. Laut der Kriminalstatistik des BKA sind ca. 20% der Opfer von Partnerschaftsgewalt männlich. Leider wird diese Realität – anders als in anderen Bundesländern – von den hessischen Behörden weitgehend ignoriert. Um das wichtige Thema aus der Tabuzone zu holen, haben die Verfasser dieser Meldung das Papier „Männerpolitische Impulse zur Landtagswahl 2023 in Hessen“ formuliert. Hier wird unter anderem die Einrichtung von vier Gewaltschutzplätzen gefordert, weiterhin die Schaffung von spezialisierten Beratungsstellen für gewaltbetroffene Männer sowie die Gründung einer Fachstelle für Männerfragen, die den Aufbau der Infrastruktur koordinieren soll. In dem Impuls solidarisieren sich die Verfasser ausdrücklich mit von häuslicher Gewalt betroffenen Frauen und Menschen, die sich keinem Geschlecht zuordnen sowie deren Forderungen nach einer konsequenten Umsetzung der Istanbul Konvention.